

**Landespressekonferenz des Netzwerks rassismuskritische
Migrationspädagogik und Unterstützer
Statement der Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft (GEW) Doro Moritz am 3. Februar 2012**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik ruft Pädagoginnen und Pädagogen dazu auf, die Kampagne gegen die Abschiebung von Roma zu unterstützen. Die GEW Baden-Württemberg als Bildungsgewerkschaft ist dieser Initiative aus großer Überzeugung beigetreten.

Die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen, die Möglichkeit und das Recht auf Schulbesuch sind der GEW nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch bundesweit ein großes Anliegen.

Am vergangenen Freitag wurde aus Anlass des 67. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in einer Gedenkfeier im Landtag an die Greuelthaten des Nazi-Regimes erinnert. Auch sehr viele Roma litten und starben als Verfolgte des Nazi-Terrors. Heute treten wir dafür ein, dass Roma, die bei uns leben, ein dauerhaftes Bleiberecht ermöglicht wird. Das bedeutet für Kinder und Jugendliche die Verwirklichung des Anspruchs auf Bildung. Damit kann das Stück Stabilität und Zukunftsperspektive, das der Schulbesuch eröffnet, erhalten werden.

Es geht bei den Betroffenen um langzeitgeduldete Kinder und ihre Familien. Hinter der abstrakten Forderung „Pädagog/innen gegen Abschiebung von Roma in den Kosovo“ steht die Sorge um zahlreiche Einzelschicksale, Persönlichkeiten, die mitten unter uns leben. Ich danke an der Stelle ausdrücklich dem Netzwerk dafür, dass es diese „Fälle“ als Individuen sichtbar macht und gegen die Abschiebung aus historischen, menschenrechtlichen und pädagogischen Gründen aufruft.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) erklärte bereits 2010 in einem Interview mit dem Magazin Focus, das Recht auf Bildung „ist ein Menschenrecht“. Und sie fügte hinzu: „Das gilt auch für Kinder von Eltern, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben.“

Und unsere Landesverfassung schreibt in Artikel 11 fest: „Jeder Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“

Den Roma droht bei der Abschiebung in den Kosovo massive Diskriminierung, Kinder und Jugendliche hätten eine Zukunft ohne Bildungschancen vor sich.

Die grün/rote Landesregierung weiß – nicht nur aus vielfältigen Studien – in wie hohem Maße Bildung über Lebenschancen entscheidet. Auch wenn sie Baden-Württemberg in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängen, ist dies hier ein Paradies im Vergleich zu dem, was die Kinder und Jugendlichen im Falle ihrer Abschiebung im Kosovo erwartet. Die Abschiebung würde sie aller Chancen und Rechte berauben. Die Rechte, die in unserem Land Kindern und Jugendlichen gewährt werden, sind für die Betroffenen Roma im Kosovo in weiter Ferne. Unser Schulgesetz sichert in § 72 das Recht und die Pflicht auf schulische Bildung zu: „Schulpflichtig ist auch, wem aufgrund eines Asylantrags der Aufenthalt in Baden-Württemberg gestattet ist oder wer hier geduldet wird, unabhängig davon, ob er selbst diese Voraussetzungen erfüllt oder nur ein Elternteil.“

Die GEW begrüßt ausdrücklich, dass die grün/rote Landesregierung im August 2011 entschieden hat, diese Abschiebungen vorübergehend auszusetzen. In den nächsten Wochen steht die Entscheidung darüber an, ob wieder aus Baden-Württemberg abgeschoben wird.

Mit der Unterstützung des Netzwerks wollen wir Einfluss nehmen auf die anstehende Entscheidung der Landesregierung.

Ich bitte alle Beschäftigten in pädagogischen Handlungsfeldern, den Aufruf zu unterzeichnen und auch in ihrem Arbeitsumfeld die Situation der Roma zu thematisieren und Betroffene zu unterstützen. Pädagoginnen und Pädagogen sind es, die im Alltag die Bedeutung der Schule für die persönliche Entwicklung und Lebensperspektive hautnah erleben. Sie sind als Unterstützerinnen und Unterstützer gefordert.

Die GEW Baden-Württemberg fordert die Landesregierung dazu auf, die geplanten Abschiebungen endgültig zu stoppen und für diese Kinder und Jugendlichen und ihre Familien eine großzügige und langfristig gesicherte Bleiberechtsregelung zu schaffen. Alle anderen Landesregierungen fordern wir auf, sich diesem Beispiel anzuschließen.

